

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besizer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzügen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 53

Freitag, den 4. März 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Kirchensteuer 1926.

Der 2. Termin Kirchensteuer 1926 wird am
15. März d. J. S.

fällig. Die Steuerpflichtigen werden hierdurch aufgefordert, zur Vermeidung von Weiterungen
alsbald Zahlung an unser Stadtsteueramt zu leisten.

Pulsnitz, am 4. März 1927.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Zum Haushaltsauschuß des Reichstages gab der Innenminister einen
Überblick über die neuen Gesetzesvorlagen.
Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Aufwertungsfrage.
Die Gewerkschaften beabsichtigen gemeinsames Vorgehen gegen das Ar-
beitszeitnotgesetz.
Die von den Besatzungsbehörden verhafteten pfälzischen Gendarmen sind
wieder freigelassen worden.
Infolge der Schneeschmelze in den Mittelgebirgen besteht für Nord-
deutschland Hochwassergefahr.
Auf Korsika wurde ein Ort durch Erdbeben vollständig vernichtet.
Die Stadtgemeinde Rom wird im März in New York ein langfristiges
3prozentiges Darlehn in Höhe von 30 Millionen Dollar auf-
nehmen.
Der berühmte englische Rennautomobilist Harry Thomas wurde gestern
nachmittag bei einem Refordversuch in Penzance getötet. Thomas
hat auch im Auslande viele große Rennen gewonnen. Bis vor
kurzem hielt er den Weltrekord für 170 Meilen in der Stunde.
Von einem Rieseneisener wurden die hiesigen großen Anlagen der Pen-
sylvanischen Eisenbahn zerstört. Dem Feuer fielen Bahnwagen mit
Frachten zum Opfer. Der Schaden beträgt 1,5 Millionen Dollar.
Der Feuerstein erleuchtete weithin den New Yorker Hafen.
Die bei dem Dorfe Sottdorf (Kreis Harburg) vorgenommenen Bohrungen
auf Erdöl haben in einer weiteren Tiefe großen Erfolg gehabt.
Man ist auf eine stärkere Erdschicht gestoßen. Das gesamte Sott-
dorfer Gebiet soll jetzt durch weitere Bohrungen erschlossen werden.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Lichtbilder-Vortrag im See-
verein.) Morgen abend 8 Uhr findet im Saale der Han-
delschule ein Lichtbilder-Vortrag des Herrn Kaufmann Thost
über seine Seereise „Von Kiel über Kopenhagen, Oslo, Sta-
gerak nach Hamburg“ statt. Herr Thost ist in Kopenhagen
geboren und hat 7 Jahr bei der Marine gedient, daher
sein großes Interesse für Seereisen. Er versteht auch ganz
ausgezeichnet, in schlichter, aber recht angenehmer Weise,
seine Beobachtungen an der Hand von Lichtbildern nach
Selbstaufnahmen mitzuteilen. Seine Darbietungen werden
allen Mitgliedern des hiesigen Seevereins nebst wertigen An-
gehörigen und sonstigen Gästen hierdurch angelegentlichst
empfohlen.

Pulsnitz. (Volksbildungsverein.) Wie viele
besitzen oder kennen Schillers Werke, aber wie wenige nur
können mit den tiefinnigen philosophischen Gedichten wie
„Größe der Welt“, „Die Künstler“, „Das verschleierte Bild
vom Saiz“, „Der Spaziergang“, „Das Ideal und das
Leben“ und anderen etwas anfangen. Das Verständnis
dieser Dichtungen soll im Volksbildungsverein in einer Vor-
tragsreihe des Herrn Dr. Mochauer angebahnt werden, die
nächsten Montag beginnt.

— (Warnung vor einem Schwindler als
Gesuchschreiber.) Das Kriminalamt Dresden teilt mit:
Seit einiger Zeit sucht ein Unbekannter Kriegsbeschädigte,
Kriegshinterbliebene, Alters-, Invaliden- und sonstige Ren-
tenempfänger auf, um für sie Gesuche um Bewilligung von
Beihilfen, Rentenrückzahlungen usw. anzufertigen. Für die An-
fertigung der Gesuche hat er sich Auslagen und Vorschüsse
in Höhe von 1—18 Mark zahlen lassen. Es handelt sich
offensichtlich um einen Schwindler. Er reist in Begleitung
einer Frauensperson umher und wird beschrieben: etwa 1,70 m
groß, unterseht, dunkle wellige Haare, gestutzten Bart, dun-
kelblaue Augen, starke Augenbrauen, Mittelfinger der linken
Hand fehlt. Bekleidet ist er mit schwarzem oder grauen
Leberzieher, grauen Hut, grüngestreiften Schal und schwarzen
Gamaschen. Es dürfte sich empfehlen, daß alle alleinstehende
Rentenempfänger, die doch meist die Zeitung nicht mehr le-
sen, von ihnen nahstehenden Personen vor dem Schwindler
gewarnt und angewiesen werden, bei seinem Auftauchen so-
fort in geeigneter Weise die Polizei zu verständigen.

— (Kredite für den Bau von Landarbeiter-
wohnungen.) Wie die Pressestelle der Landwirtschafts-
kammer bekanntgibt, stehen auch heute noch Reichsmittel zur
Verfügung für den Bau von Landarbeiterwohnungen, zu de-
nen das Landeswohnungsamt aus Mitteln der Aufwertungs-

Der Kampf um den Achtstundentag

Anzufriedenheit mit dem Arbeitszeitnotgesetz

Frankreichs „Abrüstungswille“ — Chamberlain über die englisch-russischen Beziehungen — Die deutsche Senatsfraktion
gegen das polnische Budget — Massenflucht im Heere Sunchuanfangs — Briand empfängt persönlich die deutschen
Pressevertreter in Paris

Unter Vorsitz des Leiters des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes, Leipzig, sind führende Vertreter aller
Gewerkschaftsrichtungen zusammengetreten, um ein ge-
meinames Vorgehen gegen das Arbeits-
zeitnotgesetz zu besprechen. Die Verhandlungen waren
auch deshalb notwendig, weil zum 1. April in fast allen deut-
schen Industrien die bisherigen Verträge über Lohn und Ar-
beitszeit ablaufen.

Schon mit Rücksicht auf die neuen Verhandlungen wurde
von den Einzelgewerkschaften von Verbänden der Wunsch
ausgesprochen, man solle nach Möglichkeit umgehend Richt-
linien schaffen, damit ein

geschlossenes Vorgehen der Arbeitnehmer

durchgeführt werden könne. Die ersten Besprechungen, die
im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund stattfanden,
haben noch kein abschließendes Resultat gebracht. Es wurde
vielmehr nur den einzelnen Vertretern der verschiedenen
gewerkschaftlichen Richtungen das Programm entwickelt, das
in großen Zügen bereits fertiggestellt worden war. Nach
einer Aussprache über die Hauptforderung, den Achtstundentag
grundförslich überall durchzuführen, wurden die Verhand-
lungen vertagt, da die christlichen und kirchlich-underrichten
Gewerkschaften innerhalb ihrer eigenen Organisation erst zu
den Vorschlägen Stellung nehmen müssen. Die Besprechun-
gen werden in der kommenden Woche fortgesetzt.

Auch die Beamten fordern den Achtstundentag.

In der Besprechung der reinen Arbeitergewerkschaften
unter Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-
bundes haben auch Vertreter des Deutschen Beamtenbundes
und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes teilgenom-
men, um die Frage zu prüfen, ob die

Einheitsfront gegen das Arbeitszeitnotgesetz

auch auf die Beamten ausgedehnt werden könne.

Bei diesen Besprechungen haben sich nun Meinungs-
verschiedenheiten innerhalb der Beamtenorgani-
sationen selbst ergeben. Der Allgemeine Deutsche Be-
amtenbund vertritt die Ansicht, daß auch für die Beamten
die gleichen Voraussetzungen wie für die Arbeiter und
Angestellten zu treffen seien und daß aus diesem Grunde der
Achtstundentag bei den Reichs-, Staats- und Kommunal-
behörden, ebenso wie bei der Reichsbahn, durchgeführt wer-
den müsse. Die Vertreter des Deutschen Beamten-
bundes waren jedoch anderer Meinung. Sie erklärten zwar,
daß sie im Kampfe um die achtstündige Arbeitszeit Schulter
an Schulter mit den anderen Gewerkschaften stehen würden,
daß aber grundsörslich ihre Einstellung von anderen Gesicht-
punkten aus betrachtet werden müsse. Die Arbeitszeit
des Beamten sei ein Teil des Beamtenrechtes,
und so könne die Regelung der Dienst- resp. Arbeits-
zeit für den Beamten auch nur auf dem Wege des Beamten-
rechts festgelegt werden.

Der Minister des Innern empfing die Be-
amtenorganisationen, um mit ihnen Fragen des
Beamtenrechts und der damit im Zusammenhang stehenden
Dinge durchzusprechen. Dabei wurde auch auf die

Schwierigkeit einer einheitlichen Dienstzeitregelung

hingewiesen. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse so, daß die
Arbeitszeit der Beamten 48, 51 und 54 Stunden entsprechend
der Diensterteilung der verschiedenen Behörden beträgt.
Eine einheitliche Regelung sei schon deshalb besonders schwie-
rig, weil z. B. bei den Gerichten nicht ohne weiteres der Acht-
stundentag festgelegt werden könne. Auch bei der Reichsbahn
mache die Regelung ganz besondere Schwierigkeiten, da der
Betrieb auch hier eine störsmtliche Durchführung der Forde-
rungen unmöglich mache.

Die Beamtenorganisationen wollen nun auch mit der
Reichsbahn in Verbindung treten, um dort die Forderung
zu erheben, die Arbeitszeit einheitlich festzusetzen. In den
nächsten Tagen dürften bereits entsprechende Anträge dem
Verwaltungsrat der Reichsbahn zugehen.

Frankreichs „Abrüstungswille“.

Rom. Das Organ der Faschistischen Partei bringt eine
Notiz über den Locarnogeist, in welcher hervorgehoben wird,
daß Frankreich als Locarnomacht im Begriffe sei, sieben Mil-
liarden Francs für das Heer, zwei Milliarden für die
Marine und zehn Milliarden für die Luftverteidi-
gung auszuwerfen. Von französischer sozialistischer Seite
werde andererseits auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß
sich Frankreich bewaffne, um sorglos dem Frieden entgegen-
zusehen. Das Blatt macht sich zum Schluß diese Idee zu
eigen und betont auch das Recht Italiens, sich zu bewaffnen,
um sorglos dem Frieden entgegenzusehen.

Chamberlain über die englisch-russischen Beziehungen

London, 4. März. Im Laufe der gestrigen Unterhausdebatte
ergriff u. a. auch Außenminister Chamberlain das Wort zur Frage der
englisch-russischen Beziehungen. Er betonte, daß die Sowjetregierung
das britische Reich mit besonderem Uebelwillen behandle. Dies allein
hätte ihn jedoch nicht zu dem von ihm unternommenen Schritt veran-
lassen können, wenn nicht noch andere Momente hinzugekommen wären.
Wenn der Welt nicht gezeigt werde, wie stark England provoziert worden
sei, würde ein Abbruch der englisch-russischen Beziehungen eine beun-
ruhigende Wirkung auf die europäische Lage gehabt haben. Die Sowjet-
regierung habe sich bemüht, zu beweisen, daß die britische Regierung
verfucht habe, Unruhe zu stiften um diese Unruhe gegen die Sowjets
zu nutzen. Das sei jedoch unrichtig, man müsse bedenken, daß Rußland
alles getan habe, um die Unterzeichnung des Locarnovertrages zu ver-
hindern. Ebenso habe Rußland Deutschland zu überreden versucht,
nicht in den Völkerbund einzutreten, sondern außerhalb auf Rußlands
Seite zu bleiben. Deshalb habe er der Regierung Geduld empfohlen
und zur Mäßigung geraten, trotz in England ständig in ungewöhnlicher
Weise provoziert worden sei. Gleichwohl gäbe es Grenzen für diese
Geduld. England habe nicht die Absicht, sich in sowjetrussische Ange-
legenheiten einzumischen und auch keinen diplomatischen Feldzug gegen
Rußland in der übrigen Welt geführt. Rußland solle seine Politik der
in der Gesellschaft der Völkler übrigen anpassen und davon Abstand
nehmen, die Weltrevolution zu fördern. Nicht die Erklärungen der
Russen seien für die Engländer ausschlaggebend, sondern ihre künftigen
Handlungen. England müsse sich alle Kritik vorbehalten und rufe die
Welt als Zeugen für die Berechtigung seiner Klagen an. Jedoch wolle
England der Sowjetregierung noch einmal Gelegenheit geben, ihr Be-
nehmen den üblichen Regeln des internationalen Lebens anzupassen.

Die deutsche Senatsfraktion gegen das polnische Budget

Warschau. Bei der gestrigen Budgetberatung im Senat er-
klärte der Führer der deutschen Fraktion, Senator Haffsch, die Re-
gierung habe sich als willens- und machtlos erwiesen. Die Pilsudski-
Regierung, nenne sich zwar die Regierung der Freiheit, habe aber nicht
einmal den Mut gehabt, den Repressalien gegen die Hindereisen ein
Ende zu machen. Sie besitze daher nicht das Vertrauen der Deutschen
in Polen und die deutsche Fraktion werde gegen das Budget stimmen.

Massenflucht im Heere Sunchuanfangs

London. General Sun gibt bekannt, daß seine Truppen er-
müdet seien und vorübergehend nach Nord-Kiangsu zurückgezogen würden,
wo er seine Armee reorganisieren werde. Einer Zentral-News-Meldung
zufolge, haben sich tausende von Soldaten Sunchuanfangs den siegreichen
Kantontruppen angeschlossen, während andere einfach davon liefen und
raubend und plündernd durch das Land zogen. Zwischen Wupeifu und
Tschangtschun sollen neue Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bei
Schihutan, ungefähr 50 Kilometer vor Schanghai, ist es zwischen vor-
geschobenen Kantonposten und Streiktruppen Tschangtschun zu kleinen
Gefechen gekommen.

Briand empfängt persönlich die deutschen Pressevertreter in Paris

Paris, 3. März. Die Vereinigung der deutschen Korrespon-
denten in Paris, der die Vertreter der namhaftesten deutschen Nach-
richtenbüros und größten Blätter Deutschlands angehören, wurde heute
nachmittag von dem französischen Außenminister Briand in seinem
Arbeitszimmer empfangen. In einer kurzen Ansprache wies der Vor-
sitzende der Vereinigung Paul Bloch auf die Bedeutung hin, die für

